

Pressemitteilung

DED-Freundeskreis: Entwicklungszusammenarbeit mutiert

zur Außenwirtschaftsförderung, Solidarität bleibt auf der Strecke

Anlässlich jüngster Äußerungen aus dem BMZ und der GIZ weist der DED-Freundeskreis, ein Zusammenschluss früherer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DED, ein weiteres Mal auf die "schleichende Deformation" des BMZ in ein Instrument der Wirtschaftsförderung hin. Im soeben veröffentlichten GIZ-Unternehmensbericht 2012 stehe folgerichtig der kommerzielle Bereich „International Services“ als Erfolgsstory an erster Stelle - und nicht etwa das Erreichen entwicklungspolitischer Ziele. Wer im Internet die Überschrift "Neue Märkte in Industrieländern" lese, wähne sich auf der Webseite des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi). Tatsächlich werbe aber die GIZ, die die Entwicklungspolitik der Bundesregierung umsetzen soll, nicht das BMWi, mit solchen Schlagzeilen.

Der DED-Freundeskreis kritisiert, dass die Entwicklungspolitik der Bundesregierung immer stärker zur Außenwirtschaftsförderung verkommt. Dies könne Vermutungen und Befürchtungen neue Nahrung geben, dass die Existenz des BMZ nach der Bundestagswahl keineswegs gesichert ist. Aus Sicht der drei FDP-regierten Häuser der Bundesregierung (AA, BMWi, BMZ) sei "nichts einfacher", als den größeren Teil des BMZ in das Auswärtige Amt und die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in das BMWi zu integrieren. Damit werde der frühere Vorschlag Niebels, das BMZ aufzulösen, schließlich doch noch realisiert.

Während sich die GIZ in dem zitierten Bericht auf mehreren Seiten als "weltweit führender Dienstleister" ausbreitet, findet man zu dem, was den DED - jetzt Entwicklungsdienst genannt - einmal ausgemacht hat, unter "Unser Personal" lediglich nur einen sehr kurzen Hinweis. Besser könne man den Untergang des DED nicht dokumentieren, unterstreicht der DED-Freundeskreis, der vor kurzem in einem Offenen Brief an BM Niebel an die Entscheidungsträger in Zivilgesellschaft, Staat und Politik appelliert hat, sich für einen neuen Entwicklungsdienst einzusetzen. Dieser neue Dienst müsse zivilgesellschaftlich getragen und öffentlich mitfinanziert werden: "Der neue Dienst gibt qualifizierten und motivierten Menschen die Möglichkeit, sich auf Zeit in einer zunehmend vom Raubbau an Mensch und Natur gezeichneten Welt für gerechte und nachhaltige Strukturen einzusetzen, und dies außerhalb der GIZ-Programme und insbesondere in der Zivilgesellschaft", heißt es in dem Offenen Brief.